

# EU-Nachrichten 01 2018

## KURZ &amp; KNAPP

**Mehrwertsteuer**

3

Mehr Spielraum für Mitgliedstaaten

## IM FOKUS

**Mittelfristiger Finanzrahmen**

4

Planung soll sich an Zielen orientieren

**EU präsentiert Strategie**

5

Mehr Plastikmüll soll recycelt und wiederverwendet werden

## LEBENSLANGES LERNEN

**Ratschläge zur Bildung  
zusammengestellt**

Lebenslang sollten die Europäer dabei unterstützt werden, ihre Kreativität zu entfalten, Unternehmergeist zu entwickeln und wichtige Kompetenzen zu erwerben, etwa im Umgang mit digitalen Technologien, in Wissenschaft, Ingenieurwesen und Mathematik. Diese Punkte finden sich in Empfehlungen der EU-Kommission für die Bildungspolitik der Mitgliedstaaten. Sie werden ergänzt durch einen Aktionsplan für digitale Bildung und Ratschlägen zur Vermittlung des gemeinsamen europäischen Erbes und gemeinsamer Werte im Unterricht.

„Die europäischen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung müssen Menschen aus unterschiedlichsten Verhältnissen die richtigen Kompetenzen vermitteln, damit sie nicht nur im Beruf vorankommen und erfolgreich sind, sondern auch engagierte Bürgerinnen und Bürger sein können“, sagte EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics.

▮ [Zukunft des Lernens](#)



## JAHRESAUSBLICK VON RICHARD KÜHNEL

**Jahr der Entscheidungen in der EU**

Im politischen Leben – ob auf nationaler Ebene oder in der Europäischen Union – gibt es Zyklen. Innerhalb von Amtszeiten und Wahlperioden werden Ideen geboren, Initiativen entwickelt, dann werden sie diskutiert und reifen, und schließlich kommt die Zeit für Entscheidungen. Für die EU wird 2018 ein Jahr der Entscheidungen.

> Die Kommission hat in ihrem Jahresarbeitsprogramm einen Fahrplan festgelegt, um den Rest der noch anstehenden Legislativmaßnahmen in diesem Mandat zum Abschluss zu bringen, bevor voraussichtlich im Mai 2019 ein neues Europäisches Parlament gewählt und im Herbst darauf die Amtszeit der Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker enden wird. Viele wichtige Reformen hat seine Kommission seit ihrem Amtsantritt 2014 schon auf den Weg gebracht. Einige bedeutende Projekte liegen noch vor uns.

Im Mittelpunkt stehen dabei die innere und äußere Sicherheit der Union und ihrer Bürger, die

Einigung auf eine gemeinsame und solidarische Migrationspolitik, die Festigung der Wirtschafts- und Währungsunion, der Aufbau eines digitalen Binnenmarktes und einer ambitionierten Energieunion sowie die Festigung der demokratischen Legitimität auf europäischer Ebene. Zu den mittelfristig wichtigsten Initiativen, die in diesem Jahr noch angestoßen werden sollen, gehören Vorschläge, wie die Arbeit und Gesetzgebung der EU-Institutionen effizienter gemacht werden können. So sollten etwa in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder in der Sozial- und Steuerpolitik mehr Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit statt per Einstimmigkeit getroffen werden. >>

>> Gleichzeitig wird eine Task Force unter Leitung des Ersten Kommissionsvizepräsidenten Frans Timmermans, in der Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, nationalen Parlamenten und dem EU-Ausschuss der Regionen teilnehmen, Wege suchen, wie regionale und lokale Akteure besser in EU-Politik einbezogen werden können, und wie das Subsidiaritätsprinzip besser angewendet werden kann. Zum Jahresende ist auch eine Initiative zur besseren Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten geplant.

### Finanzielle Weichen stellen

Insbesondere wird die Kommission im Mai ihren Vorschlag für den mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre nach 2020 vorstellen. Mit dem Haushaltsrahmen werden wichtige Weichen für die EU-Politik bis weit ins kommende Jahrzehnt hinein gestellt. Mehr zu diesem Thema lesen Sie auf Seite 4.

Die Mitgliedstaaten haben den Willen, die gegenwärtige Dynamik zu nutzen, um die europäische Integration weiterzuentwickeln. Ein sichtbares Beispiel ist die engere Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im Dezember wurde der offizielle Startschuss für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit bei Sicherheit und Verteidigung (PESCO) gegeben, und die EU-Staaten haben Vorschläge der Kommission aufgegriffen, bei Forschung und Einkauf im Militärbereich ihre Ressourcen über einen EU-Verteidigungsfonds zu bündeln. Die „PESCO“ wird in diesem Jahr mit Leben erfüllt und weiterentwickelt. Bisher haben sich 25 EU-Staaten auf 17 gemeinsame Militärprojekte geeinigt. Deutschland will bei vier davon die

Führung übernehmen, etwa beim Aufbau eines EU-Sanitärkommandos.

Viele der hier skizzierten Reformen und Initiativen sind Teil eines „Fahrplans für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union“. Er führt bis zur Europawahl 2019. Krönender Haltepunkt auf der Strecke soll am 9. Mai 2019 ein Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im rumänischen Sibiu sein, bei dem im Lichte aller Reformen und Weichenstellungen, über die in diesem Jahr entschieden werden soll, ein einstimmiger Beschluss über die Zukunft der EU gefasst werden soll.

### Bürger in die Zukunftsdebatte einbeziehen

Wie diese Zukunft aussehen soll, wird nicht hinter verschlossenen Türen entschieden. Die EU-Kommission hat im März 2017 ein Strategiepapier – das „Weißbuch“ – zur Zukunft Europas und etliche Reflexionspapiere vorgelegt, die mögliche Optionen aufzeigen. Damit hat sie eine öffentliche Diskussion angestoßen, die bis zur Europawahl 2019 andauern soll. Sie wird nicht nur in den EU-Institutionen, sondern auch in den nationalen Parlamenten, in lokalen und regionalen Behörden und in der Zivilgesellschaft geführt.

In Deutschland läuft die Diskussion sehr intensiv. Die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland hat bereits zahlreiche Bürgerdialoge zu dem Thema organisiert und sich an vielen anderen aktiv beteiligt. Ich danke allen Partnern, die bisher so aktiv waren. Der nächste Bürgerdialog ist am 29. Januar mit EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager in Berlin geplant.

Schließlich muss sich die EU mit einem Vorgang beschäftigen, der hinter einem sehr negativen Vorzeichen steht: Zum ersten Mal will mit dem Vereinigten Königreich ein Mitgliedstaat die Gemeinschaft verlassen. Als Austrittsdatum ist der 29. März 2019 vorgesehen. Um den Austritt möglichst sanft zu gestalten, hat die Kommission vorgeschlagen, einen Übergangszeitraum anzupfeilen, in dem Großbritannien in der EU zwar kein Mitspracherecht mehr hat, aber sonst alle Rechte und Pflichten behält. Über den Leitlinienvorschlag für den Übergangszeitraum sollen die EU-Außenminister Ende Januar entscheiden.

Den Austrittsvertrag will EU-Chefunterhändler Michel Barnier bis Oktober abschließen, damit vor dem Brexit noch genug Zeit zur Ratifizierung bleibt. Der Vertrag soll den geordneten Austritt regeln. Ihm soll auch eine politische Erklärung zu den künftigen wirtschaftlichen, politischen und administrativen Beziehungen der EU zu Großbritannien beigefügt werden. Leitlinien zur Verhandlung dieser Erklärung wollen die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen im März beschließen.

### Gemeinsames Kulturerbe im Blickpunkt

Um mit etwas Positivem zu enden, möchte ich daran erinnern, dass die europäische Integration nicht nur von der Wirtschaft getragen und getrieben wird. Das Fundament bildet der Glaube an unsere gemeinsamen Werte. Diese wiederum sind aus einer langen Geschichte erwachsen, durch die europäische Staaten mit ihrer reichen und vielfältigen Kultur eng miteinander verflochten sind. Um den Reichtum der europäischen Kultur stärker ins Bewusstsein der Menschen zu

rufen, ist 2018 zum Jahr des Europäischen Kulturerbes erklärt worden. Dazu wird es Tausende von Veranstaltungen quer durch die EU und quer durch Deutschland geben. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 6. Die Berliner Auftaktveranstaltung zum Kulturerbejahr findet am 12. Februar im Europäischen Haus statt. Ich freue mich schon auf den positiven Esprit, den dieser kulturelle Rahmen Europa im Jahr der Entscheidungen verleihen wird.

Richard Kühnel



Ihre Vertretung in Deutschland (hier das Mitarbeiterteam aus Berlin) ist für die EU-Kommission das Bindeglied zur deutschen Öffentlichkeit.

## MEHRWERTSTEUERVORSCHRIFTEN

**Mitgliedstaaten sollen mehr Spielraum bekommen**

Die EU-Staaten sollen mehr Möglichkeiten erhalten, die wirtschaftliche Entwicklung über die Festlegung unterschiedlicher Mehrwertsteuersätze zu lenken. Neben dem Normalsatz von mindestens 15 Prozent sollen sie künftig auf bestimmte Kategorien von Gütern und Dienstleistungen statt zweier ermäßigter Sätze von 5 Prozent drei ermäßigte Sätze zwischen Null und dem Normalsatz erheben dürfen, schlägt die EU-Kommission vor. Eine Kategorie soll zudem komplett von der MwSt befreit werden können. Der gewogene mittlere MwSt-Satz soll mindestens 12 Prozent betragen.

In Deutschland gelten derzeit ein Normalsatz von 19 und ein ermäßigter Satz von 7 Prozent. Die Änderungen, die der Zustimmung der Mitgliedstaaten bedürfen, würden diesen mehr Freiraum geben,

sagte EU-Wirtschafts- und Steuerkommissar Pierre Moscovici (Foto). „Gleichzeitig verringern sie den Verwaltungsaufwand für grenzüberschreitend tätige Kleinunternehmen, sodass sie expandieren und Arbeitsplätze schaffen können.“ Die Kommission schlägt vor, Mittelständler bis zum einem Jahresumsatz von 2 Mio. Euro von etlichen buchhalterischen Vorschriften zu befreien. Das soll ihnen viele Kosten ersparen. International tätige Unternehmen zahlten für die Einhaltung der MwSt-Regeln 11 Prozent mehr als nur im Inland tätige Firmen, so die Kommission.

■ *Neue Rechtsvorschriften für MwSt*



## NEUE EU-RICHTLINIE GREIFT

**Mehr Sicherheit bei elektronischen Zahlungen**

Elektronische Zahlungen sollen für die europäischen Verbraucher günstiger, einfacher und sicherer werden. Das ist das Ziel der überarbeiteten Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2), die seit dem 13. Januar von den Mitgliedstaaten angewendet werden muss. Kreditinstitute sind verpflichtet, anderen Finanzdienstleistern im Auftrag ihrer Kunden automatisierten Zugriff auf deren Konten zu gewähren. „Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem digitalen Binnenmarkt in der EU. Die Richtlinie dient der Entwicklung innovativer elektronischer und mobiler Zahlungen, die der Wirtschaft und dem Wachstum zugute kommen werden“, sagte der für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion zuständige Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis.

„Mit dem Inkrafttreten der PSD2 werden Aufschläge bei Zahlungen mit Verbraucherdebit- und -kreditkarten abgeschafft. Dies könnte zu Einsparungen von rund 550 Mio. Euro pro Jahr für die Verbraucher in der EU führen. Darüber hinaus werden die Verbraucher bei Zahlungen besser geschützt“, so Dombrovskis weiter. Etwa durch eine auf 50 Euro reduzierte Haftung für nicht autorisierte Zahlungen und die Einführung eines bedingungslosen Erstattungsrechts („ohne Fragen“) für Lastschriften in Euro.

■ *Überarbeitete Zahlungsdiensterichtlinie*

## WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN

**EU will 1 Mrd. Euro in Supercomputer investieren**

Mindestens vier so genannte Supercomputer sollen ab 2020 europäischen Unternehmen und Forschern zur Verfügung stehen und es ihnen ermöglichen, die Entwicklung hochmoderner Technologien voranzutreiben. Zum Beispiel im Bereich künstliche Intelligenz, Medizin, Sicherheit oder Ingenieurswesen. Dazu wird das Gemeinschaftsunternehmen „EuroHPC“ gegründet und mit gut 1 Mrd. Euro aus EU-Haushalt und nationalen Kassen ausgestattet, gab die EU-Kommission bekannt. „Supercomputer sind der Motor der digitalen Wirtschaft“, sagte der für den digitalen Binnenmarkt zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip. „Die EU muss in diesem harten Rennen aufholen, denn wir haben noch keine Supercomputer in der weltweiten Top-Ten-Liste.“

Derzeit müssten europäische Wissenschaftler und Unternehmen ihre Daten außerhalb der EU verarbeiten, weil die verfügbaren Rechenzeiten in der EU dafür nicht ausreichen, erklärte die Kommission. Dieser Mangel an Unabhängigkeit sei „ein Risiko für die Privatsphäre, den Datenschutz, Geschäftsgeheimnisse und das Dateneigentum, insbesondere bei sensiblen Anwendungen“. EuroHPC soll von 2019 bis 2026 arbeiten. Zu den bisher 13 staatlichen Mitgliedern des neuen Unternehmens gehören die Schweiz und 12 EU-Staaten, darunter auch Deutschland.

■ *Europäische Weltklasse-Supercomputer*

## NOTLEIDENDE KREDITE

**Viele Altlasten sind aus Bankbilanzen verschwunden**

Der Anteil von Krediten, deren Rückzahlung stockt, ist in den Bilanzen der EU-Banken seit 2004 um etwa ein Drittel gesunken. Zur Jahresmitte 2017 belief er sich laut einem Bericht der EU-Kommission auf 4,6 Prozent. Ein Jahr zuvor war es noch 1 Prozentpunkt mehr. Die Anstrengungen, die Risiken in den Finanzmärkten der Mitgliedstaaten zu verringern, zeigten Erfolg, bilanziert die Kommission. Das sei grundlegend wichtig, um die Bankenunion zu vollenden, sagte der für Finanzmärkte zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Erst wenn die Risiken reduziert sind, sollen in der Bankenunion mehr Risiken zwischen den Mitgliedstaaten geteilt werden.

„Wir wollen, dass Banken in allen EU-Staaten ihre volle Kapazität zurückerlangen, Unternehmen und Privathaushalten Geld zu leihen, ohne dass sich erneut schlechte Kredite aufhäufen“, sagte Dombrovskis. Die Lage in den Staaten ist noch recht unterschiedlich. In Griechenland liegt der Anteil notleidender Kredite bei 46,9 Prozent, in Italien bei 12,2 und in Spanien bei 5,3 Prozent. Für das Frühjahr plant die EU-Kommission weitere Vorschläge zur Risikoverminderung, bei denen es etwa um Aufsichtsfragen, Regeln für Insolvenz und Umstrukturierungen und den Aufbau von Märkten für schlechte Kredite gehen soll.

■ *Fortschrittsbericht zu notleidenden Krediten*

## Finanzbedarf soll sich an gemeinsamen EU-Zielen orientieren



EU-Geld stärkt etwa die Wirtschaftskraft und Lebensqualität in Regionen mit Aufholbedarf. Als gelungenes Beispiel sieht die EU-Kommission den Aufschwung im sanierten Görlitz.

> Die Welt habe sich seit der Festlegung des seit 2014 geltenden letzten Finanzrahmens stark verändert, sagte Juncker. Um Frieden und Wohlstand der EU-Bürger zu sichern, stellten sich viele neue Aufgaben. Zum Beispiel der Umgang mit der Globalisierung der Wirtschaft, Terrorabwehr, innere und äußere Sicherheit, besserer Grenzkontrolle, gemeinsame Investitionen in Verteidigung oder in große Forschungsprojekte für Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter. Der Haushalt müsse ein „Spiegel“ der gemeinsamen Ziele sein, betonte Juncker.

Aber „alte und neue Politik werden wir nicht im Rahmen von einem Prozent der EU-Wirtschaftskraft finanzieren können“, so der Kommissionspräsident. Selbstverständlich müssten alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden und einige Kürzungen seien nötig. Aber der gegenwärtige EU-Haushalt koste jeden Bürger etwa den Gegenwert einer Tasse Kaffee täglich. „Ich bin wirklich der Meinung, Europa ist mehr wert als eine Tasse Kaffee pro Tag“, so Juncker. Und bei aller Flexibilität bei der Haushaltsgestaltung sei im gegenwärtigen Gefüge kein Geld da, viele zusätzliche Aufgaben zu finanzieren.

### Europäer haben nur gemeinsam Gewicht

Einen konkreten Vorschlag für den Haushaltsrahmen will die Kommission im Mai vorlegen. Außenminister Gabriel sagte, er wünsche sich einen „ambitionierten“ Rahmen. „Europa ist die beste aber auch die einzige Chance, in einer unsichereren Welt unser Leben weiter souverän gestalten zu können“, unterstrich er. Bevölke-

rung, wirtschaftliche und politische Kraft der Europäer schrumpften im weltweiten Vergleich. Auch ein noch starkes Deutschland werde künftig nur noch gemeinsam mit den EU-Partnern eine Stimme in der Welt haben. Man müsse die „Erfolgsgeschichte“ der europäischen Einigung öfter erzählen und sich nicht von „falschen Erzählungen“ wie der vom nationalen Souveränitätsverlust oder der Nettozahlerdebatte blenden lassen, sagte Gabriel.

„In Wahrheit ist Deutschland kein Nettozahler sondern der größte Nettogewinner der europäischen Einigung“, so der Außenminister. Das gelte politisch, aber auch wirtschaftlich und finanziell. 44 Prozent der deutschen Exporte gingen an EU-Länder, 60 Prozent blieben in Europa. Arbeit und Einkommen gebe es in Deutschland nur, „wenn es den Ländern um uns so gut geht, dass sie sich unsere Waren und Dienstleistungen leisten können“, sagte Gabriel.

### Aufstockung um bis zu 0,2 Prozentpunkte

EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger schlug bei der Konferenz vor, dass der EU-Haushalt nach 2020 einen Umfang zwischen 1,1 und 1,2 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) haben soll, statt von bisher einem Prozent. Die EU müsse neben wachsenden Aufgaben auch damit zurechtkommen, dass mit Großbritannien ein Nettobeitragszahler fehlen wird. Oettinger bezifferte die Lücke dadurch auf 12 bis 14 Mrd. Euro pro Jahr. Sie solle zur Hälfte durch Sparen ausgeglichen werden, schlug er vor.

Wenn die EU ihren mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre nach 2020 festlegt, soll nach Ansicht von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker etwas grundsätzlich anders werden als bisher: Zuerst sollen die Mitgliedstaaten festlegen, welche gemeinsamen Ziele Vorrang haben und wie sie die EU für die vielen globalen Herausforderungen rüsten wollen und danach über die Anpassung einzelner Haushaltsposten und nationale Beiträge diskutieren. „Erst wenn die Ziele stehen, dann können wir über die Finanzierung reden“, sagte Juncker bei einer hochrangigen Konferenz zur Gestaltung des nächsten MFR. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel stellte sich bei der Konferenz hinter diesen Ansatz.

Juncker wie Oettinger stellten sich auf den Standpunkt, dass bei den bisher größten Haushaltsposten, der gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsions- und Regionalpolitik zwar gekürzt und reformiert werden müsse, aber „maßvoll“. Die beiden Politikbereiche dürften nicht beschädigt werden. Juncker nannte es ungeheuer wichtig, „dass Europa auch langfristig autark ist und sich selbst ernähren kann“ ohne von Lebensmittelimporten abhängig zu sein. Und Oettinger warnte mit Blick auf die Kohäsions- und Strukturpolitik davor, wirtschaftliche Aufholprozesse durch Kürzungen abzuwürgen, gerade in ärmeren Mitgliedstaaten, die etwa wichtigen Infrastrukturaufbau nicht alleine finanzieren könnten. Bis zum 8. März hat die europäische Öffentlichkeit die Chance, der EU-Kommission online ihre Meinung zu sagen, wofür nach 2020 im EU-Haushalt hauptsächlich Geld ausgegeben werden soll. (frh)

### Die Zukunft der EU-Finzen

#### EU-Regionalförderung wirkt

„Der Abstand beim Pro-Kopf-Einkommen darf nicht zu groß werden – das spaltet die europäische Familie“, warnte EU-Haushaltskommissar Oettinger. Die Erfolge der EU-Kohäsionspolitik sehe man etwa in der Stadt Görlitz an der deutsch-polnischen Grenze. Dort habe sich nach der deutschen Wiedervereinigung erst der West- und nach der EU-Erweiterung von 2004 auch der Ostteil gut entwickelt.

EU-KOMMISSION PRÄSENTIERT STRATEGIE

## Mehr Plastikmüll soll recycelt und wiederverwendet werden

Umwelt und Gesundheit schützen und die Kreislaufwirtschaft in der EU stärken: Das sind die Hauptziele einer Strategie der EU-Kommission zum Umgang mit Kunststoffabfällen. In der EU werden jährlich rund 26 Mio. Tonnen Plastikmüll gesammelt, von denen weniger als 30 Prozent recycelt, 39 Prozent verbrannt und 31 Prozent auf die Deponie gekippt werden. Wenn sich am Umgang mit Plastik nichts ändert, werde es 2050 in den Ozeanen mehr Plastik als Fische geben, sagte der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans. „Wir müssen verhindern, dass Plastik ins Wasser, in unsere Nahrung und selbst in unsere Körper gelangt“, erklärte er.



Die EU-Kommission möchte erreichen, dass die EU-Industrie deutlich mehr recycelten Kunststoff verarbeitet.

> „Die einzige langfristige Lösung ist es, mehr Plastik zu recyceln und wiederzuverwenden“, so Timmermans. Außerdem koste das mangelnde Recycling die EU-Wirtschaft jährlich 105 Mrd. Euro. Die Kommission strebt an, dass alle in der EU vermarkteten Plastikverpackungen bis 2030 in kosteneffizienter Weise wiederverwendet oder recycelt werden können. Erreicht werden soll das durch eine Überarbeitung der Verpackungsrichtlinie.

Über die Chemikalienverordnung REACH soll die absichtliche Verwendung von Mikroplastikteilchen von weniger als 5 mm Größe in Produkten wie Kosmetik oder Farben eingeschränkt werden. Mit einer neuen Gesetzesinitiative soll zudem erreicht werden, dass weniger Einweg-Kunststoffprodukte wie etwa Plastikflaschen, -becher oder -besteck verwendet werden. Dazu läuft bis zum 12. Februar noch eine öffentliche Konsultation.

Mit der Strategie vorgelegt hat die Kommission auch einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie für Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle. Ziel ist, dass der Müll von Schiffen in EU-Häfen getrennt gesammelt wird und dass weniger davon im Meer landet.

### Beim Produktdesign ansetzen

Zu Jahresbeginn hat die EU einen großen Absatzmarkt für Altkunststoff verloren, weil China seine Türen dafür dicht gemacht hat. Laut Kommission werden bisher nur 5 Prozent des Altkunststoffs innerhalb der EU wiederverwendet.

Dieser Anteil soll gesteigert werden, etwa durch besseres Recycling. Die Kommission hofft bis 2030 auf 200.000 neue Jobs in der Sortier- und Recyclingbranche.

Haupthindernis für eine stärkere Verwendung von Recyclingkunststoff sei, dass Hersteller an dessen Qualitätsstandards zweifeln oder damit unzufrieden sind. Mit Industrie und Standardisierungsbehörden soll daran gearbeitet werden, die benötigten Standards festzulegen. Um sie zu erreichen, sei aber bereits das richtige Design der Ursprungsprodukte entscheidend, heißt es in der Strategie. Dabei soll die Industrie unterstützt werden, auch finanziell. Mittel dafür stehen etwa in EU-Strukturfonds, Investitionsfonds EFSI, Förderinstrumenten für die Kreislaufwirtschaft oder dem Forschungsprogramm „Horizont 2020“ bereit. Letzteres wird bis 2020 um 100 Mio. Euro aufgestockt, um die Entwicklung innovativer Verfahren in Kunststoffindustrie und Recycling zu fördern.

### Kunststoffindustrie in der EU

Fast 40 Prozent des Kunststoffs wird in der EU laut Kommission für Verpackungen verwendet, knapp 20 Prozent in der Bauwirtschaft, fast 9 Prozent im Automobilbau und knapp 6 Prozent in Elektronikprodukten. 2015 wurden insgesamt 49 Mio. Tonnen Plastik eingesetzt. Der Umsatz der Branche in der EU belief sich auf 340 Mrd. Euro, rund 1,5 Millionen Menschen arbeiten dort.

### Die Ozeane schützen

Laut Kommission hat die Textilindustrie gerade entsprechende Initiativen gestartet. Ziel sei etwa, dass weniger Mikro-Plastikteilchen beim Waschen aus Textilien gelöst werden und ins Wasser gelangen. Unbeabsichtigt entstehen Mikro-Plastikteilchen etwa auch durch die Abnutzung von Fahrzeugreifen. Viele davon landen am Ende im Meer, ebenso wie ein großer Teil des Einwegplastiks. Dieses – neben Lebensmittelverpackungen und Besteck auch Hygienetücher, Tüten, Strohhalme und die kunststoffhaltigen Filter von Zigarettenstummeln – mache die Hälfte des Mülls aus, der an EU-Stränden gefunden wird. Dazu kommen noch 34 Prozent anderer Kunststoffmüll.

Für die Verringerung der Zahl leichter Einwegplastiktüten gibt es bereits eine EU-Richtlinie, bei deren Umsetzung die Mitgliedstaaten laut Kommission schon gute Fortschritte gemacht haben. Welche Tüten biologisch abbaubar sind, möchte die Kommission durch Labels besser kennzeichnen. Die Probleme mit ausufernden Plastikabfällen seien seit Jahren bekannt, sagte Patrick Hasenkamp, Vizepräsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). „Es ist gut, dass die Kommission nun die Plastikstrategie auf den Weg gebracht hat. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an. Es liegt an den Mitgliedstaaten, parallel praktikable Strategien für Herstellung und Vermeidung zu entwickeln“, so Hasenkamp. (frh)

■ *Europäische Plastikstrategie*

## In ganz Europa warten viele kulturelle Schätze auf ihre Entdeckung



Auch Festivals und Umzüge machen die europäische Geschichte lebendig, wie hier bei einem Straßenfest in der europäischen Kulturhauptstadt Valletta, Malta.

> „Das Kulturerbe ist das Kernstück der europäischen Art zu leben. Es definiert, wer wir sind, und schafft ein Gefühl der Zugehörigkeit“, sagte Tibor Navracsics, der für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständige EU-Kommissar, zum Start des Kulturerbejahres. Und die deutsche Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, erklärte bei der deutschen Auftaktveranstaltung in Hamburg, das Jahr sei eine Einladung, den gemeinsamen Wurzeln und Werten „der Seele Europas“ nachzuspüren. „Die Frage danach, worauf Europa aufgebaut ist, was uns ausmacht als Europäerinnen und Europäer, ist heute drängender denn je angesichts der vielerorts zu beobachtenden Erosion der europäischen Einigung“, sagte Grütters.

Schon lange großen Anklang finden die jährlichen „European Heritage Days“ im September, in Deutschland unter dem Titel „Tage des offenen Denkmals“ bekannt. Zum Kulturerbejahr 2018

### Kulturhauptstädte Europas

Seit 1985 wurden über 50 Städte zu Kulturhauptstädten ernannt. Sie sollen in ihren Mauern ein „Europäisches Kulturerbejahr“ anbieten. Für die Städte ist das Jahr eine große Chance zur Belebung von Kultur und Tourismus und Stärkung ihres Profils. In diesem Jahr sind Leeuwarden (Niederlande) und Valletta (Malta) die Hauptstädte. Aus Deutschland trug zuletzt 2010 Essen den Titel, stellvertretend für das Ruhrgebiet.

sollen europaweit über 70.000 Veranstaltungen stattfinden, über das ganze Jahr verteilt sind Führungen, Tagungen, Vorträge und ähnliches geplant. Hier einige Beispiele aus Deutschland:

- > Die Musikfestspiele Potsdam Sanssouci vom 8. bis 24. Juni stehen dieses Jahr unter dem Motto „Europa“ und beleuchten die europäische Dimension der Geschichte Potsdams, Brandenburgs und Preußens.
- > Der Berliner Auftakt des Kulturerbejahres findet am 12. Februar im Europäischen Haus Berlin statt.
- > Bei der Führung „Saures Papier, Mumien und krabbelnde Bewohner“ am 15. Februar in der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig erfährt man, wie Schäden an teils über 100 Jahre alten Büchern, Zeitschriften oder Schallplatten bekämpft und vermieden werden können.
- > Im Rahmen der Internationalen Handwerksmesse in München wird vom 7. bis 13. März die Sonderschau „Handwerk und das kulturelle Erbe“ gezeigt.

### Europäisches im Lokalen entdecken

In Deutschland haben sich Bund, Länder und Kommunen über die Themen des Kulturerbejahres abgestimmt, die Grundidee lautet „Das Europäische im Lokalen entdecken“. Als nationaler Koordinator fungiert das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz. Dieses hat auch den Anstoß für die digitale Informations- und Vernetzungsplattform [www.sharingheritage.de](http://www.sharingheritage.de) gegeben. „Unter dem Motto ‚Sharing Heritage‘

Der europäische Kontinent ist nicht nur reich an verschiedenen Landschaftsformen, Architektur, archäologischen Stätten, Literatur und Kunst, die große kulturelle Vielfalt zeigt sich auch in überlieferten Handwerkstechniken, im Brauchtum, in weitererzählten Geschichten, im Essen oder in Filmen, in denen sich Europäer wiedererkennen. Tausende Veranstaltungen im Europäischen Kulturerbejahr sollen den Menschen Gelegenheit geben, diese Schätze zu entdecken und sich in der Vielfalt auch ihrer gemeinsamen Geschichte und gemeinsamen Werte stärker bewusst zu werden.

laden wir alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich im Themenjahr über kulturelle Traditionen und historische Zeugnisse zu informieren und ihre eigenen kulturellen Hintergründe einzubringen“, sagte die Präsidentin des Nationalkomitees Martina Münch.

Aktiv mitmachen beim Kulturerbejahr kann man auch mit einem Besuch einer der beiden Kulturhauptstädte Europas (siehe Kasten) oder einer der bisher 29 Stätten, denen das Europäische Kulturerbe-Siegel verliehen wurde. In Deutschland tragen das Hambacher Schloss und Münster und Osnabrück als „Stätten des Westfälischen Friedens“ dieses Siegel.

### Junge Menschen besonders ansprechen

In Deutschland wie in der ganzen EU sollen viele Angebote besonders Kinder und junge Menschen ansprechen, die das Erbe für künftige Generationen bewahren sollen. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten soll ein langfristiger Aktionsplan für Kultur und Kulturerbe ausgearbeitet werden. Ein Höhepunkt des Jahres wird der „Europäische Kulturerbegipfel“ vom 18. bis 24. Juni in Berlin. Dort sind unter anderem eine „Open Heritage Night“ auf der Museumsinsel und prominent besetzte politische Diskussionen geplant, und der diesjährige EU-Preis für Kulturerbe (Europa Nostra Preis) wird vergeben. Europa-Nostra-Präsident Plácido Domingo wird in der renovierten Staatsoper Berlin die Titelrolle in „Macbeth“ singen. (frh) >

■ *Europäisches Kulturerbejahr*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 19.01.2018 12.45–14.15 Uhr	„Rolle und Perspektiven der Europäischen Investitionsbank als Impulsgeber für die Stärkung der Europäer im globalisierten Wettbewerb“ IEP-Mittagsgespräch  <b>Veranstalter:</b> Institut für Europäische Politik (IEP)	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://iep-berlin.de/blog/forum/mig-hoyer/">http://iep-berlin.de/blog/forum/mig-hoyer/</a>
> 22.01.2018 18.00–19.30 Uhr	„Deutschland, die Schuldenkrise und Europa: Fakten und Irrglauben“ Vortrag und Diskussion  <b>Veranstalter:</b> ifo Institut	ifo Institut Poschingerstraße 5 <b>81679 München</b>	<a href="http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/events/seminars/Muenchner-Seminare/Archive/mucsem_20180122_Gropp.html">www.cesifo-group.de/de/ifoHome/events/seminars/Muenchner-Seminare/Archive/mucsem_20180122_Gropp.html</a>
> 22.01.2018 18.00–20.00 Uhr	„Polen und die EU im Jahr 2035. Drei Zukunftsszenarien in der Diskussion“ Podiumsdiskussion  <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 <b>14193 Berlin</b>	<a href="http://www.eab-berlin.eu/event/polen-und-die-eu-im-jahr-2035/">www.eab-berlin.eu/event/polen-und-die-eu-im-jahr-2035/</a>
> 23.01.2018 10.00–15.30 Uhr	„Becoming a Part of Europe. Zur Rolle der Jugendhilfe/-arbeit in der Integration junger Geflüchteter“ Diskussion  <b>Veranstalter:</b> Jugend für Europa	CJD Bad Godesberg Mandelbaumweg 2 <b>53177 Bonn</b>	<a href="http://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/bpe/">www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/bpe/</a>
> 23.01.2018 17.00–21.00 Uhr	„EU-Ausländer oder Unionsbürger?“ Podiumsdiskussion  <b>Veranstalter:</b> Juristische Gesellschaft Bremen e.V.	EuropaPunktBremen Am Markt 20 <b>28195 Bremen</b>	<a href="http://www.europa.bremen.de/europa_vor_ort/detail.php?gsid=bremen97.c.14041.de&amp;asl=bremen97.c.1575.de">www.europa.bremen.de/europa_vor_ort/detail.php?gsid=bremen97.c.14041.de&amp;asl=bremen97.c.1575.de</a>
> 24.01.2018 19.00–21.00 Uhr	„Pusztá-Populismus“ Informationsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Kafé Centrál (Deutsch-Ungarisches Kulturforum Bremen)	EuropaPunktBremen Am Markt 20 <b>28195 Bremen</b>	<a href="http://www.europa.bremen.de/europa_vor_ort/detail.php?gsid=bremen97.c.14043.de&amp;asl=bremen97.c.1575.de">www.europa.bremen.de/europa_vor_ort/detail.php?gsid=bremen97.c.14043.de&amp;asl=bremen97.c.1575.de</a>
> 25.01.2018 10.00–16.00 Uhr	„Ukraine – Absatz- und Beschaffungsmarkt. Wettbewerbsvorteile schaffen, Förderungen nutzen“ Informationsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Industrie- und Handelskammer Cottbus	Industrie- u. Handelskammer Cottbus Goethestraße 1 <b>03046 Cottbus</b>	<a href="http://www.cottbus.ihk.de/System/vst/374426?id=264870&amp;termInId=429244&amp;n=134105647">www.cottbus.ihk.de/System/vst/374426?id=264870&amp;termInId=429244&amp;n=134105647</a>
> 25.01.2018 18.00 Uhr	„Rights under Pressure in Europe – Rechte unter Druck“ Humboldt-Reden zu Europa  <b>Veranstalter:</b> Walter Hallstein-Institut	Humboldt-Universität zu Berlin Senatssaal Unter den Linden 6 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.rewi.hu-berlin.de/de/ff/oe/whi/humboldt-reden-zu-europa/humboldt-reden-zu-europa">www.rewi.hu-berlin.de/de/ff/oe/whi/humboldt-reden-zu-europa/humboldt-reden-zu-europa</a>
> 26.01.2018 18.00–19.30 Uhr	„Was bringt das neue Jahr für Europa?“ Diskussionsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Europe Direct-Informationszentrum Köln	EDZ Universitätsbibliothek Universitätsstraße 33 <b>50931 Köln</b>	<a href="http://www.ize-koeln.de/de/">www.ize-koeln.de/de/</a>
> 26.01.2018 14.00–16.00 Uhr	„Neuer Schwung für Europa? Krisen-Lektionen, Zukunfts-Visionen und die neue Rolle Deutschlands“ Seminar  <b>Veranstalter:</b> Bremer Europa-Zentrum	EuroaPunktBremen Am Markt 20 <b>28195 Bremen</b>	<a href="http://www.europa.bremen.de/europa_vor_ort/detail.php?gsid=bremen97.c.14020.de&amp;asl=bremen97.c.1575.de">www.europa.bremen.de/europa_vor_ort/detail.php?gsid=bremen97.c.14020.de&amp;asl=bremen97.c.1575.de</a>

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de)

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2018

**Herausgeber:**  
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24  
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: [cp.contact@mbi-infosource.de](mailto:cp.contact@mbi-infosource.de)

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

Print  **komponiert**  
Id-Nr. 1869682  
[www.bvdm-online.de](http://www.bvdm-online.de)



**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

## INFORMATIONEN ÜBER DIE EU

**41 Info-Zentren in Deutschland werden gefördert**

Die Europäische Kommission erneuert das Netz der „Europe Direct“-Informationszentren in Deutschland. Sie hat 41 Einrichtungen in ganz Deutschland ausgewählt, die seit dem 1. Januar für drei Jahre gefördert werden. Die meisten Zentren werden von regionalen oder kommunalen Gebietskörperschaften sowie Verbänden unterhalten. Sie beantworten etwa Bürgeranfragen und organisieren Diskussionen zu europäischen Themen.

Statt wie bisher einen Pauschalbetrag von maximal 25.000 Euro jährlich konnten die Zentren Zuschüsse von 20.000 bis 40.000 Euro beantragen. „Wer mehr leisten kann, bekommt auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten“, erläuterte Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland. In Deutschland gibt die EU rund 1,4 Mio. Euro jährlich für die Zentren aus. Deren Netzwerk erstreckt sich über alle EU-Staaten.

■ *[Kommission erneuert das Netz der Informationszentren](#)*

## ROTIERENDE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

**Bulgarien will die Einigkeit in der EU fördern**

Unter das Motto „Einigkeit macht stark“ hat die bulgarische Regierung ihre Präsidentschaft im EU-Ministerrat gestellt, die sie am 1. Januar für sechs Monate übernommen hat. Zum ersten Mal führt das Land den Vorsitz. Aktuelle EU-Nachrichten und Informationen über Ratssitzungen und andere Veranstaltungen sowie die Schwerpunkte und Vorhaben der Ratspräsidentschaft bietet eine eigene Internetseite, die auch in deutscher Sprache zur Verfügung steht. Ihr Programm haben die Bulgaren unter der Überschrift „Sicherheit, Stabilität und Solidarität“ gegliedert.



Wichtige Elemente sind wirtschaftliche Entwicklung, Chancen besonders für junge Menschen sowie die Sicherheit der EU-Bürger. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Heranführung der Westbalkanländer an die EU liegen. Die Webseite bietet aber auch Informationen über Bulgarien, etwa über Reiseziele, Geschichte, Kultur, Küche und Sprache.

■ *[Der bulgarische Vorsitz im Rat der Europäischen Union](#)*

## NEUER BERATUNGSDIENST

**EU hilft Städten bei der Investitionsplanung**

Finanzierungsprobleme können viele wichtige Projekte in Städten ausbremsen. Stadterneuerung, Klimaschutz oder Programme zur sozialen Eingliederung von Menschen sind für Banken und andere private Investoren manchmal zu riskant oder die Projekte sind zu klein. Experten der Europäischen Investitionsbank (EIB) stehen jetzt bereit, Städte jeder Größe dabei zu beraten, wie sie EU-Mittel mit Unterstützung nationaler und lokaler Förderbanken und innovativen Finanzierungsmöglichkeiten kombinieren können, um ihre Vorhaben zu verwirklichen. Der von EIB und EU-Kommission eingerichtete Beratungsdienst trägt den Titel „Urban Investment Support“ – kurz URBIS.

„Es geht darum, das Potenzial der städtischen Innovation freizusetzen, so weit wie möglich auszuschöpfen und diese Dynamik auf ganz Europa auszudehnen“, sagte Maroš Šefčovič, Vizepräsident der EU-Kommission. URBIS kann etwa bei der Ausarbeitung von Investitionsstrategien helfen oder dabei, Projekte reif für eine Unterstützung durch Banken zu machen.

■ *[Neuer Beratungsdienst für Städte](#)*

## INTERESSE AN EUROPÄISCHEN FILMEN WECKEN

**EU stellt Fördermittel für „Film Education“ bereit**

Creative  
Europe  
MEDIA

Einrichtungen, die versuchen, vor allem bei Kindern und Jugendlichen bis 19 Jahren Interesse an europäischen Filmen zu wecken und das Wissen über diese zu vergrößern, können sich jetzt um EU-Fördermittel bewerben. Bis zum 1. März können Anträge auf Zuschüsse für „Film Education“ aus dem Programm Creative Europe Media gestellt werden. Insgesamt können bei diesem Aufruf 2 Mio. Euro vergeben werden. Um gefördert zu werden, müssen sich mindestens drei Einrichtungen

aus drei Teilnehmerländern des Programms zusammenschließen.

Beispiel für ein gefördertes Projekt ist „ABCinema“. Das Deutsche Filminstitut erweitert damit das Konzept seines MiniFilmclubs auf andere Länder. Sechs weitere führende europäische Kinematheken und Kinoinstitutionen sind beteiligt. ABCinema hat sich zum Ziel gesetzt, die nächste Generation von Kinoszuschauern neugierig auf den Film als Kunstform und als bedeutenden Teil des kulturellen Erbes Europas zu machen.

■ *[Das Projekt ABCinema](#)*